

Schweizerische Vereinigung  
für Freiheit, Demokratie  
und Menschenwürde



AMI BOSSARD,  
PRÄSIDENTIN PRO LIBERTATE  
E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

## Und plötzlich ist alles anders...

Am 13. August verfolgten wir die Spuren Guisans in Interlaken und genossen einen äusserst interessanten Vortrag von Dr. Stüssi über den Zweiten Weltkrieg im Hotel Neuhaus. Dem General und den damaligen Zeitgenossen gelang es die Schweiz vor dem Krieg zu schützen, dafür verdient seine Generation grosse Achtung, auch wenn dies Neuzeithistoriker nicht wahrhaben wollen. Aussergewöhnliche Situationen fordern aussergewöhnliche Massnahmen. Dies können all jene bestätigen, die vom Hochwasser betroffen sind. Heute steht das Hotel Neuhaus im Wasser. Viele Bewohner von Interlaken und Umgebung räumen Schlamm weg und pumpen Keller aus. Einigen wurde alles zerstört. Alle befürchten weitere Regenfälle. Die Natur schafft es innerhalb weniger Minuten, unsere moderne Infrastruktur zu ruinieren... und plötzlich steht die Existenzsicherung im Vordergrund – und vielleicht auch mehr Verständnis für die Situation um 1940.



WERNER GARTENMANN,  
EHEM. PRÄSIDENT PRO LIBERTATE,  
MATTEN B. I.

E-Mail: gartenmann@hotmail.com

Selbst in unseren Reihen, die sich jahrelang gegen die Verunglimpfung der Aktivdienstgeneration zur Wehr gesetzt haben, die sich für eine tatsächengerechte Darstellung der Aktivdienstzeit bemühen und sich gegen die Bergier-Ideologen stemmen, verspüren wir Resignation und Ermattung. Oder man gibt sich der Meinung hin, der Zweite Weltkrieg müsse zukunftssträchtigen Themen weichen. All diese Beweggründe bergen die Gefahr, dass einerseits die geleistete Arbeit für die Würdigung der Aktivdienstzeit versickert und andererseits das Bergier-Geschichtsbild seinen Marsch durch Wissenschaft, Geschichts- und Schulbücher, Kommentare und Feuilletons ungehindert fortsetzen kann. Längst geht es nicht mehr nur um jene Zeit, in welcher die Schweiz sich einer der grössten Herausforderungen ihrer Geschichte stellen musste. Vielmehr geht es darum, uns den Willen zu brechen, die Eidgenossenschaft zu leben. Unser

Gegner ist eine Abbruch-Fraktion, die sich aus verschiedenen Lagern zusammensetzt. Diese will die Grundfesten des Schweizer Hauses einreissen mit dem Ziel, die Schweiz in sämtlichen Bereichen zu nivellieren und im Grossen aufgehen zu lassen. Deshalb kann die Bergier-Arbeit mit über 20 Bänden, mit insgesamt über 10000 Seiten nicht isoliert betrachtet werden. Denn sie

### In dieser Ausgabe

- 3** Auf den Spuren General Guisans am 13. August 2005 in Interlaken
- 5** Michail Chodorkowski – der aufsehenerregendste Gerichtsprozess im heutigen Russland
- 6** 25. September 2005: Volksabstimmung über die Ostpersonalfreizügigkeit
- 7** Gedanken der Präsidentin
- 8** Zusammenfassung



ist ein Teil jener Fraktion. Grotesk ist es, dass Millionen Steuergelder für diesen Abbruch zur Verfügung stehen.

## Erinnern wir uns

Die in den Neunzigerjahren von korrupten Anwalts-Faganten gestellten Geldforderungen, verbunden mit moralisierenden Anklageschriften, brachten zur Freude der Abbruch-Fraktion unsere politischen Behörden gewaltig ins «Rudern». Der damalige CVP-Bundespräsident Arnold Koller wollte allerdings in seiner Rede vor der Bundesversammlung vom 5. März 1997 das Schweizer Volk rudern sehen: *«Ein grosser Teil unserer Bevölkerung ist daher tief verunsichert, sieht sich im Selbstverständnis als Schweizer in Frage gestellt.»* Was Koller unter «ein grosser Teil» verstand, ist nicht bekannt. Aber im Rückblick ist bekannt, dass nicht die schweizerische Bevölkerung verunsichert war, sondern die Akteure im politischen Bern. Wir erinnern uns zum Beispiel anhand der unglaublichen Machenschaften gegen unseren Botschafter Jagmetti in Washington an das klägliche Agieren des Aussendepartementes unter CVP-Bundesrat Cotti.

Der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit spielten also jenen in die Hand, welche schon lange auf den ultimativen Abbruchbagger warteten. Die Abbruch-Fraktion erhielt über 21 Millionen Franken Steuergeld für eine *Unabhängige Experten-Kommission: Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK)*, die ab Dezember 1996 unter der Leitung von Professor Jean-François Bergier («Bergier-Kommission») das Handeln der Schweiz während des Krieges untersuchen und schliesslich richten sollte.

Dass die Köpfe der Verantwortlichen angesichts der ausländischen Angriffe tatsächlich «ruderten», erkennen wir in der gleichen Koller-Rede. Er «entwickelte» die Idee der 2002 vom Volk abgeschmetterten Solidaritätsstiftung: *«Die eigentliche Antwort auf die staatspolitische und moralische Aufarbeitung unserer Vergangenheit heisst jedoch Solidarität. ... In diesem Sinn hat der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank ... die Idee Schweizerische Stiftung für Solidarität entwickelt.»*

## Verurteilung der Schweiz war Absicht

Die im Schlussbericht der UEK festgehaltenen Schuldsprüche gegen die Schweiz hatte Koller in seiner

Rede vor der Bundesversammlung angekündigt: *«Es ist urmenschlich, lieber die Sonnen- als die Schattenseiten der eigenen Vergangenheit zu sehen. Aber noch ist es nicht zu spät, sich dieser schicksalhaften Zeit unserer Geschichte umfassend, offen, selbstkritisch, aber auch in Würde zu stellen.»* Wobei das Kriterium «Würde» für die UEK kein entscheidender Faktor war. Die erwähnten Äusserungen Kollers verurteilen das Volk. Insbesondere wurden an den Pranger gestellt:

- die Zeitzeugen, die uns Jüngeren die Tatsachen geschildert haben,
- die Historiker, die nach dem Krieg die Aktivdienstzeit durchaus auch kritisch darstellten,
- die Lehrerinnen und Lehrer, die sich bemüht haben, unser Land angesichts der Schrecken als Hort von Menschenwürde und Freiheit zu vermitteln.

Was geht in Frauen und Männern vor, die geprägt von Entbehrung, Angst und Widerstandswillen die Zeit des Aktivdienstes erleben mussten, wenn der Bundespräsident ihnen rund 50 Jahre später vorhält, es sei noch nicht zu spät, sich jener Zeit offen und selbstkritisch zu stellen, und sie belehrt, man dürfe nicht nur die Sonnenseiten sehen?

Die Bergier-Berichte krönen quasi die von Koller «staatsmännisch» skizzierte Anklageschrift. So steht im Abschnitt «Flüchtlingspolitik» des UEK-Schlussberichtes:

*«Indem man aber die Grenzen zunehmend schloss, aufgegriffene Flüchtlinge ihren Verfolgern übergab und viel zu lange an restriktiven Prinzipien festhielt, wurden viele Menschen in den sicheren Tod getrieben. Damit trug die Schweiz dazu bei, dass die Nationalsozialisten ihre Ziele erreichen konnten.»<sup>1</sup>*

Oder wenn die Bergier-Historiker die Verschonung der Schweiz von Kriegsverwüstungen verächtlich als *«Wettbewerbsvorteil»* für die Nachkriegszeit darstellen.<sup>2</sup>

Solche Aussagen stehen im Widerspruch zum Anspruch: *«Eine Historikerkommission ist kein Gericht.»<sup>3</sup>*

## Die Aktion «Abbruch» läuft

Es wäre fatal, eine Rede wie von Arnold Koller und die UEK-Schlussfolgerungen als Episoden vergangener Tage in die Mottenkiste zu stellen. Denn es «mottet» stark im Fundament des Schweizer Hauses. Der 1. August 2005 liess die Abbruch-Mineure wieder ans Tageslicht kriechen. Wochen vor der Erinnerungsfeier «65 Jahre Rütli-Rapport» koch-

ten Medienschaffende – vorab der Ringier-Konzern – eine widerliche Giftbrühe. Die Rütli-Rapport-Feier vom 24. Juli 2005 wurde als nationalistisches Getue von rechtsbürgerlichen und nationalkonservativen Gruppierungen abgetan. Dass nach der Absage von Bundespräsident Schmid Bundesrat Christoph Blocher die Jubiläumsansprache hielt, liess die erregten Kommentatoren vollends im Roten drehen. Zu ihrer grossen Enttäuschung verlief die Rütli-Feier friedlich und der Aufmarsch war beeindruckend (auch viele Junge!). Und die Rede von Bundesrat Blocher überforderte die überhitzten Geister der «Gut-Presse» (Begriff in Anlehnung an die «Gut-Menschen-Ideologie») vollends. Denn es wäre einfacher gewesen, Bundesrat Blocher wie vorher bereits geplant als Kollegialitätsbrecher «abzuschreiben». Nein, sie wurden mit einer anspruchsvollen Rede konfrontiert. Die Würdigung und die grundsätzliche Analyse des Rapportes von General Guisan und der Reduit-Konzeption durch den EJPD-Chef waren zu stark, zu tatsachentreu und zu einleuchtend.<sup>4</sup> Sie gestatteten keine Bergier-treue Abbruch-Berichterstattung. Und wie Pilze im feuchten Loch schossen die Professoren Kreis, Tanner und Jost hervor. Kreis, Chef der eidgenössischen Rassismuskommission, qualifizierte Blochers Rede als «Geschwätz» ab. Mit zynischem Dauergrinsen konnte Kreis im Zischtingsclub (SF DRS) vom 9. August 2005 zum Thema «Wem gehört das Rütli?» seine Scheiterhaufen gegen die Schweizer Geschichte und ihren Ursprung, gegen das Rütli, gegen Guisan und die Rechtsextremen – das heisst gegen alle Menschen, die sich ausserhalb seines Gedankenkreises bewegen – in Brand setzen.

## Der 1. August als «Abstimmungs-Tool»

Die Ereignisse anlässlich der Bundesfeier auf dem Rütli stimmen tatsächlich nachdenklich. Die offizielle Bundesfeier im Zentrum unserer Geschichte und unserer Identität darf nicht im Klamauk untergehen. Dafür tragen aber sowohl der Bundesrat, der Festredner und die Medien Verantwortung. Ebenfalls Wochen vorher heizten die Medien die Ambiance auf, publizierten regelmässig neue Zahlen, wie viele «Extremisten» sich einfinden werden. Vielleicht kamen die Schreihälse vom Rütli den Ja-Abstimmungsmachern vom 25. September gerade richtig, denn so konn-

te man wieder gegen die bösen Schweizer Isolationisten losziehen. Die über weite Teile eindrückliche und lesenswerte Rede des Bundespräsidenten<sup>5</sup> endete wie so manche Bundesratsrede an diesem 1. August (Calmy-Rey im Kosovo: «Der Rütlichschwur war zugleich auch Ausdruck des Willens zur Öffnung! ... Sie wissen, dass am 25. September eine wichtige Abstimmung ansteht. ...»<sup>6</sup>) in plumper Abstimmungspropaganda für den 25. September 2005 (Ost-Erweiterung) und in der provokativen Frage, ob es uns gelingen wird, «aufstrebende Religionsgemeinschaften zu integrieren; Kirchen, Synagogen und Moscheen nebeneinander zu haben».

### Extreme wecken Extreme

Denke ich an meine Kindheit und Schulzeit (Zeitraum 1965 bis 1985), so waren Rassismus, Fremdenhass, Pöbeleien gegen Bundesräte nie in dem Ausmass ein Thema wie heute. Wir empfanden die Schweiz als friedliches und weltoffenes sowie humanitäres Land. Und dieses Empfinden stand auch über weite Teile in Einklang mit der Realität. Heute haben wir Rassismus-Strafbestimmungen, eine eidgenössische Rassismuskommission, 10000 Seiten Bergier, eine beinahe meinungskonforme Presse und eine durch wirtschaftliche Angstmache erzwun-

gene, künstliche «Öffnung» der Grenzen. Die Atmosphäre in unserem Land ist heute trotz all diesen «Errungenschaften» schlechter. So trifft das eingangs zitierte Wort von Bundesrat Koller für die aktuelle Situation zu: «Ein grosser Teil unserer Bevölkerung ist daher tief verunsichert, sieht sich im Selbstverständnis als Schweizer in Frage gestellt.» Deshalb trägt die Abbruch-Fraktion mit ihrer extremen Ausgrenzung der schweizerischen Identität die Verantwortung für die keimende Verhärtung und Radikalisierung der Fronten, für das Erstarken der Extreme und für fremdenfeindliche Agitation.

### Die Schweiz konservieren für die Zukunft

Der 1. August 2005 und das Erinnerungsjahr 2005 müssen uns ermuntern, weiterhin mit aller Kraft gegen die Widrigkeiten der Zeit anzutreten. Es mag sein, dass wir bald einer Minderheit angehören werden. Der leider zu früh verstorbene Dr. Sigi Widmer (Nationalrat und Stadtpräsident von Zürich) hatte mir einprägsam dargestellt, dass es wichtig sei, das Wissen um die Werte der Schweiz aktiv zu konservieren, gerade in einer Zeit, welche alles auf den Müll des Zeitgeistes wirft. Früher oder später werden Generationen die Neugier aufbrin-

gen und fragen: Warum musste eine willkürlich bestellte Historikerkommission im Auftrag der Landesregierung für über 20 Millionen Franken dem Volk ein neues Geschichtsbild einhämmern? Dann wird sie auf das von aktiven und engagierten Bürgerinnen und Bürgern konservierte Wissen stossen – und ihr Urteil bilden ...

In dieser Erklärung finden wir gleichzeitig die Erkenntnis, dass nur derjenige die Weichen in der Gegenwart richtig stellen kann, der die Vergangenheit kennt. Vielleicht wollen gerade deshalb heute viele junge Menschen wissen, wie es damals war. Es stimmt nicht, dass die Jugend ihre Wurzeln und insbesondere die Leistung der Aktivdienstgeneration nicht kennen lernen wollen. Heute leben noch Zeitzeugen. Was wird man aber unseren jungen Leuten sagen, wenn es nur noch die Abbruch-Fraktion rund um Bergier, Kreis & Co. geben wird? Also wohl: «Geradeaus marsch!»

<sup>1</sup> Seite 526, Schlussbericht UEK, Kapitel 7: Schlussbetrachtung: Erkenntnisse, Einsichten und offene Fragen. Bericht abrufbar auf [www.uek.ch](http://www.uek.ch)

<sup>2</sup> Seite 546, Schlussbericht UEK

<sup>3</sup> Seite 547, Schlussbericht UEK

<sup>4</sup> Rede abrufbar auf [www.ejpd.admin.ch](http://www.ejpd.admin.ch)

<sup>5</sup> Rede abrufbar auf [www.bundespraesident.admin.ch](http://www.bundespraesident.admin.ch)

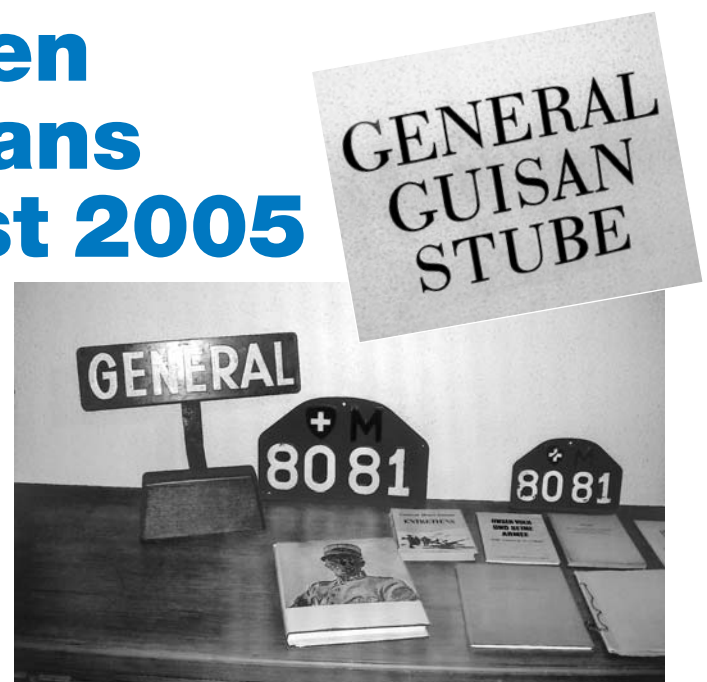
<sup>6</sup> Rede abrufbar auf [www.bundesrat.ch](http://www.bundesrat.ch)

# Auf den Spuren General Guisans am 13. August 2005 in Interlaken

Interlaken war vom 1. April 1941 bis zum 5. Oktober 1944 das Hauptquartier der Armee. Der General bewohnte damals die Villa Cranz, das heutige Gemeindehaus in Interlaken. Ihm zu Ehren wurde dort das Guisanstübli eingerichtet. Gemeindeschreiber Philipp Goetschi schilderte uns die interessante Vergangenheit des Gemeindehauses, welches unter anderem während dem Zweiten Weltkrieg einer deutschen Firma gehörte, die es an die Schweizer Armee vermietete. General Henri Guisan wurde am 18. Juli 1945 zum Ehrenbürger von Interlaken ernannt. Aus der ehema-

ligen Gartenstrasse wurde die General-Guisan-Strasse und aus dem Gartenschulhaus, welches damals die Armee benützte, das Guisan-Schulhaus. In den 60er-Jahren wurde

dann das Guisandenkmal aufgestellt. Dank dem Armeehauptquartier ging es der Interlakner Hotellerie 1945 wirtschaftlich gut.



## «Dienst leisten heisst dem Land sein Bestes hergeben.»

General Guisan im Tagesbefehl vom 20. August 1945

Auszug aus dem Tagesbefehl vom 20. August 1945, dem letzten Tag des Aktivdienstes:

«Mein Rücktritt bedeutet aber nur den Weggang eines Kommandanten, eines einzelnen Menschen. Die Armee besteht weiter, und darauf kommt es an. Ich glaube, dass unser Land sie nötiger haben wird denn je, zuerst um frei zu bleiben und dann, weil der Heimat in ihr eine Schulungsstätte der Ehre und Treue erhalten bleibt. Nicht zuletzt wurden in ihr Erfahrungen des gegenseitigen Verstehens und Helfens gesammelt, deren Wohltat sich auf unser ganzes Zusammenleben im Volk übertragen sollte.»

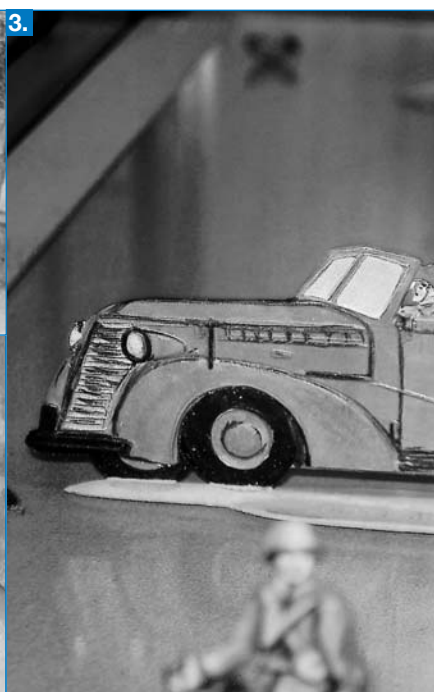
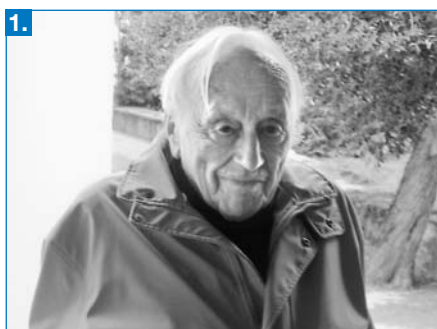
Die Armee möge mit ihrer wertvollen Tradition weiterbestehen. Tradition allein genügt jedoch nicht; die Armee muss sich unablässig weiter entwickeln, vervollkommen und neue Kräfte erwerben, sonst wird sie zum toten Gewicht und einer zu schweren Last für unsere Schultern. Wichtigste Aufgabe meiner Nachfolger wird es sein, ohne Nachlassen eine Armee vorzubereiten, die ihren Aufgaben stets gewachsen ist.»

4  
5

Nach dem Besuch des Guisanstüb-  
lis besuchten wir die Zinnfiguren-  
ausstellung im Schloss Interlaken.  
Unter der kundigen Führung von Dr.  
Jürg Stüssi-Lauterburg, der als wis-  
senschaftlicher Begleiter bei dieser  
Ausstellung mithalf, und Martin

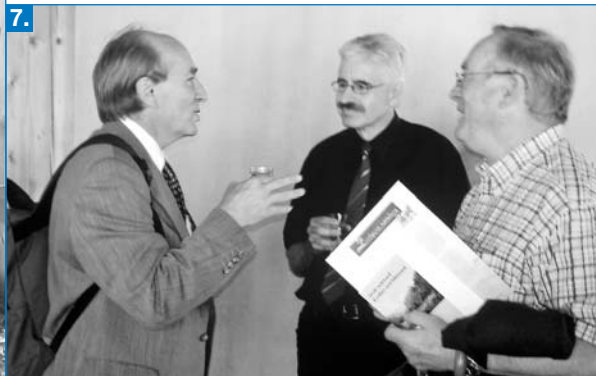
Stampfli, Mitglied des Stiftungsrates,  
wurde die Ausstellung zu einem Er-  
lebnis besonderer Art. Mit Tausenden  
von Zinnfiguren werden Schwere-  
punkte der Weltgeschichte dargestellt.  
Zum Abschluss nach einem reichli-  
chen Essen im Hotel Neuhaus erläu-

terte uns Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg  
anhand von Bildern und Dokumen-  
ten die Schwerpunkte und newesten  
Erkenntnisse über die Zeit von  
1939 bis 1945.



1. Unser langjähriges Mitglied Kurt Huber
2. Referent Martin Stämpfli
3. Der General in seinem Auto
4. Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg erweckt mit den Zinnfiguren die Geschichte zum Leben
- 5./6. Beim Apéro in der Propstei
7. Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg im Gespräch mit Gemeindeschreiber Philipp Goetschi und Hans Versell





Worte des Generals:

«Neutralität ist weder Verzicht noch Zurücktreten, sondern im Gegenteil Widerstandswille bis zum Äussersten, zur Verteidigung unserer Persönlichkeit gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge ... Das A und O unserer Politik ist die Erhaltung unserer Unabhängigkeit und die Sicherung unserer Neutralität. Unsere Armee ist eine uns eigene Institution, und ihre ungeahnte Stärke liegt darin, dass sie auf dem Recht jedes freien Mannes aufgebaut ist, seine Waffe zu tragen, und nicht auf Zwang.

Der Geist der Armee ist einfach der unseres Volkes; denn die Armee ist das Volk.»

# MICHAIL CHODORKOWSKI

## der aufsehenerregendste Gerichtsprozess im heutigen Russland

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

In Zeiten der Sowjetunion war er Kassierer im Staatsjugendverband und nach deren Kollaps gehörte er zum Freundeskreis um Jelzin. Als dann eine Massen-Privatisierung im Lande einsetzte, um die marode Staatswirtschaft zu erneuern, fielen grosse Staats-Unternehmen in die Hände von Oligarchen. Durch überaus viele und recht fragwürdige Methoden kamen in jenem Chaos einige von ihnen zu ungeheurem Reichtum. Chodorkowski selber baute aus der früheren Erdölindustrie den Yukos (den heute grössten Erdölkonzern Russlands) auf und stieg zum reichsten Mann des Landes

auf – geschätztes Privat-Einkommen rund zwei Milliarden Dollar! Zwar lobte Putin noch 2003 seine «hohe Professionalität und Verantwortungsbereitschaft», um ihn kurz danach verhaften zu lassen. Letzte Ursache war wohl sein Bestreben, Yukos-Aktien an einen US-Ölkonzern zu verkaufen – was ihn noch reicher gemacht und zugleich die von Moskau gewünschte Kontrolle über sämtliche Wirtschaftsunternehmen verringert hätte. Ende Mai wurde er wegen Betrugs und Steuerhinterziehung zu neun Jahren Haft verurteilt. Zweifellos versties er gegen Gesetze, doch das taten nahezu alle Profiteure – ohne dass diese je belangt wurden. Das

Gericht machte sich keine Mühe, Chodorkowski eine Schuld nachzuweisen, sondern wiederholte zumeist nur die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft. Die Verhandlungen waren öffentlich, das Gerichtsgebäude indes weiträumig abgesperrt. Angeblich soll der Verurteilte seine neun Jahre in der Nähe Moskaus verbüßen. Gut informierte Kreise hingegen sehen ihn bereits im berühmigten «Lager Nr.13» in der Region Saratow (östlich vom einstigen Stalingrad).

Ziel des Gerichtsverfahrens war einmal die Zerschlagung von Yukos und seine folgende Übernahme durch den staatlichen Rosneft-Öl-

konzern, was für den Kreml monatlich eine Einnahme von rund 1,5 Milliarden Dollar bedeutet. Ein weiteres Motiv war, den mächtigen Kritiker Putins mundtot zu machen.

Die Reaktion im Westen auf diesen politischen Auftrags-Prozess ist eindeutig, angefangen bei der politischen Versammlung des Europarates bis zum Sprecher des US-Aussenministeriums. Besonders in Amerika wird in dem Vorgehen auch der Versuch gesehen, ein Druckmittel gegen die Empfängerländer der russischen Rohstoffe in die Hand zu bekommen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang gerade auch die Haltung der Westeuropäer. Wie ernst ist es ihnen mit der Wahrung der Menschenrechte (oder sind die – ohnehin risikoreichen – Geschäfte mit Moskau wichtiger?)? Schon

zu Beginn des Prozesses gab es in Russland eine Kapitalflucht von etwa 19 Milliarden Dollar, die Auslandsinvestitionen gingen sehr bald um zwölf Prozent auf 6,6 Milliarden Dollar zurück. Das bedeutet zudem: Putins Lieblingsziel, die Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts bis 2010, ist unerreichbarer denn je!

Inzwischen hat Chodorkowski Berufung eingelegt. In zwei Briefen an russische Zeitungen rief er zu einer grundlegenden Umgestaltung des russischen Staatswesens auf, wobei er primär die Bildung eines Rechtsstaates forderte. Wenige Tage danach wurde er «wegen Renovierungsarbeiten» von seiner bisherigen Zelle in eine überfüllte Gemeinschaftszelle verlegt, in der er von Zeitungen und Fernsehen abgeschnitten ist ...

Jetzt wurde auch der ehemalige Premierminister Michail Kasjanow wegen Betrugs angeklagt, doch waren auch in diesem Fall alle jetzigen Anschuldigungen jahrelang bekannt. Erst als er sich als Präsidentschaftskandidat der Opposition für die Wahl im März 2008 präsentierte und den Kreml attackierte, fiel er in Putins Ungnade. Gegenwärtig macht er mit seiner Familie Ferien am Mittelmeer – ob er wieder nach Moskau zurückkehren wird, könnte fraglich sein. Putin jedenfalls scheint – sofern er nicht eine dritte (in der Verfassung allerdings nicht vorgesehene) Amtszeit anstrebt – einen ihm völlig ergebenen Nachfolger zu haben und alle Konkurrenten ausstechen zu wollen ...

## PRO LIBERTATE-Streitgespräch

# 25. September 2005: Volksabstimmung über die Ostpersonalfreizügigkeit

Patrick Freudiger, Vorstandsmitglied PRO LIBERTATE, hat mit SP-Nationalrat Boris Banga, SO, Befürworter der Vorlage, und mit FDP-Grossrat Jürg Schürch, BE, Gegner der Vorlage, ein Gespräch geführt:

**PRO LIBERTATE:** Die Schweizer Wirtschaftsverbände machen sich stark für die Ausdehnung der Personalfreizügigkeit. Kann die Schweiz mit der erweiterten Personalfreizügigkeit tatsächlich ihre heutige Wachstumsschwäche überwinden?

**Banga:** Sicher nicht nur mit einem JA am 25. September! Bei dieser Abstimmung geht es eigentlich nur um die gesicherte Fortführung der bilateralen Abkommen I aus dem Jahr 1999 zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Weil eben am 1. Mai 2004 acht ost- und mitteleuropäische Staaten sowie Malta und Zypern der EU beitraten, waren Vertragsverhandlungen über die Personalfreizügigkeit nötig, deren Ergebnisse im Parlament äusserst klar genehmigt wurden. Heute geht es darum, die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU, unserem wichtigsten Wirtschaftspartner, zu festigen: Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit 450 Mio. KonsumentInnen ist von existenzieller Bedeutung. Zudem ist unsere Wirtschaft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.

**Schürch:** Seit Jahren machen sich die Wirtschaftsverbände mit einer Inseratenkampagne stark für die «bewährten Bilateralen». Mit einem JA kann die gegenwärtige Wachstumsschwäche nicht sofort überwunden werden. Viele neue Arbeitsplätze sollen geschaffen werden, aber es wird wohlweislich verschwiegen, wie viele Schweizer ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. Arbeitsplätze bzw. Produktionsstandorte von grossen Schweizer Firmen ins Ausland verlegt werden.

**PRO LIBERTATE:** In den Ländern, auf welche die Freizügigkeit erweitert werden soll, arbeiten Menschen für Löhne, die z.T. einen Zehntel eines Lohnes in der Schweiz betragen.

**Schürch:** In der Tat, die grosse Gefahr sind das drohende Lohndumping (beste Beispiele in Deutschland, Frankreich, u.a.) und höhere Arbeitslosigkeit – vor allem die KMU-Betriebe sind stark gefährdet durch die so genannt Selbstständigen. Dass die Kontrollen in Sachen Dumpinglöhne und Schwarzarbeit nicht funktionieren, zeigen die Beispiele Grossbritannien und Deutschland u.a.

**Banga:** Die Öffnung des Arbeitsmarktes erfolgt auch für die zehn neuen EU-Länder schrittweise (bis 2011) und kontrolliert (Inländervor-

rang, Lohnkontrolle, steigende Kontingente, flankierende Schutzmassnahmen für den einheimischen Arbeitsmarkt). Generell gilt die Freizügigkeit nur für Personen, die einen Arbeitsvertrag in der Schweiz haben, und für Nichterwerbstätige mit genügend finanziellen Mitteln: also keine Freizügigkeit für Arbeitslose. Und im Jahr 2009 wird das Parlament mit einem referendumsfähigen Beschluss entscheiden, ob das Personalfreizügigkeitsabkommen mit der EU weitergeführt werden soll. Durch die verstärkten flankierenden Massnahmen gibt es die Personalfreizügigkeit «mit Schweizer Löhnen». Der Arbeitnehmerschutz wird durch allgemeine verbindliche Gesamtarbeitsverträge, durch die Möglichkeit, notfalls gesetzliche Minimallöhne einzuführen, und durch die Kontrolle der Arbeitsbedingungen durch Arbeitsinspektoren wesentlich verstärkt. Und dass dies funktioniert, zeigt uns das kleine EU-Land Luxemburg, welches ein hohes Lohnniveau, eine vergleichsweise tiefe Arbeitslosigkeit und einen hohen Anteil an ausländischen Beschäftigten und Grenzgängern aufweist. Luxemburg hat die Personalfreizügigkeit, die seit langem in Kraft ist, von Anfang an mit einer Absicherung durch Gesamtarbeitsverträge, durch Minimallöhne und durch die Einstellung einer be-

trächtlichen Anzahl von Kontrolleuren verbunden.

**PRO LIBERTATE:** *In der Schweiz ist nicht nur das Lohnniveau höher. Auch die soziale Sicherheit ist hier weiter ausgebaut. Welche Auswirkungen hat die Personenfreizügigkeit auf unsere Sozialwerke?*

**Banga:** Diese Bedenken kennen wir bereits aus der Diskussion über die Bilateralen I. Die damals veranschlagten Kosten beispielsweise bei der Arbeitslosenversicherung wurden aber deutlich unterschritten. Auch künftig entsteht ein Anspruch auf Leistungen aus den Sozialwerken nur, wenn die schweizerischen Bedingungen erfüllt sind: Für die Arbeitslosenversicherung gilt, dass vorher 12 Monate innerhalb von 2 Jahren gearbeitet wurde. Ein Anspruch auf eine IV-Rente entsteht frühestens nach einem Jahr Arbeitsunfähigkeit und wenn mindestens während eines Jahres Beiträge an die IV bezahlt worden sind. Nichterwerbstätige haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe und Selbstständigen kann die Bewilligung entzogen werden, wenn sie der Fürsorge anheim fallen usw. Es ist falsch, die Ausländer als Profiteure der Sozialwerke zu sehen: Bei der AHV/IV/EO zahlen Ausländer beispielsweise mehr ein, als sie beziehen (25% der Beiträge, aber lediglich 18% der Bezüge). Für mich ist klar, dass nicht einfach Arbeitskräfte kommen; es kommen Menschen, welche nach unseren schweizerischen Gesetzen auch die gleichen Rechte und Pflichten haben.

**Schürch:** Eine noch stärkere Ausbeutung der Sozialsysteme durch Zuwanderer wird uns zweifellos, trotz gegenteiliger Behauptungen, bevorstehen.

**PRO LIBERTATE:** *Bei den Verhandlungen über die Bilateralen I wurde der Schweiz die Möglichkeit eingeräumt, eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit abzulehnen. Trotzdem drohen heute verschiedene EU-Politiker (z.B. Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner) damit, die ganzen Bilateralen auch mit den alten EU-Staaten bei einem Nein zu kündigen. Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Kündigung der Bilateralen I ein und warum?*

**Banga:** Angst ist zwar ein schlechter Ratgeber. Doch mit einem Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitglieder würde der bilaterale Weg grundsätzlich in Frage gestellt. Die EU wird eine Zweiklassenbehandlung ihrer Mitglieder durch die Schweiz

niemals akzeptieren. Und es wäre denkbar, dass die so genannte Guillotineklausel aus den Bilateralen I angewendet würde. Gefährdet wären demzufolge nicht nur die bestehende Personenfreizügigkeit, sondern auch das Forschungsabkommen, die Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen und die technischen Handelshemmnisse, der verbesserte Marktzugang für Schweizer Landwirtschaftsprodukte und das Abkommen zum Luft- und Landverkehr. Und es ist kaum anzunehmen, dass die EU-Mitglieder das Abkommen «Schengen/Dublin» ratifizieren werden. Und wenn die EU nicht kündigt, so könnten wir im besten Fall nochmals verhandeln – allerdings unter stark erschwerten Umständen und ohne grosse Glaubwürdigkeit. Die daraus resultierende Unsicherheit bezüglich des künftigen Verhältnisses mit der EU wäre sowohl für die Wirtschaft wie auch für die Arbeitnehmenden äusserst schlecht. Ein Nein hiesse also auch nicht status quo!

**Schürch:** Bisher hat die EU bzw. gewisse Exponenten angekündigt, sie werde bei einem NEIN das Schengen-Abkommen nicht ratifizieren. Die EU, so weiter, könnte den Freizügigkeitsvertrag kündigen, damit wären eigentlich automatisch alle Abkommen der Bilateralen I vom Tisch. Damit aber all dies geschieht, braucht es meines Wissens eine Einstimmigkeit im Ministerrat in Brüssel, deren Zustandekommen ich per-

sönlich bezweifle, da sich die EU-Staaten überhaupt nicht mehr einig sind.

**PRO LIBERTATE:** *Bei der Abstimmung werden auch immer wieder unsere Beziehungen zu Europa grundsätzlich angesprochen. Wie sehen Sie das Verhältnis der Schweiz zur EU heute und morgen?*

**Banga:** Als ehemaliger Anhänger des EWR und als Beitritts-Befürworter habe ich aus realpolitischer Sicht den bilateralen Weg akzeptiert. Und dazu gibt es derzeit keine Alternative! Selbst Hardliner aus der rechten Ecke sprechen nicht mehr von einem «Sologang» unseres Landes. Sollte jedoch die bevorstehende Abstimmung verloren gehen, so rückt beinahe zwingend wieder ein EU-Beitritt in den Vordergrund, was wohl kaum den Intentionen der heutigen Gegnerschaft zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit entsprechen wird.

Ein JA am 25. September bedeutet nicht nur einen Meilenstein für die schweizerische Aussenpolitik. Es bedeutet auch, dass die Schweizerinnen und Schweizer für die Öffnung und Zusammenarbeit in Europa einstehen und den Weg ins isolierte, abgeschottete Reduit ablehnen.

**Schürch:** Das Verhältnis zu Europa ist heute, ich betone, recht gut – ab und zu gibt es heute schon Differenzen auf gewissen Ebenen, aber auch in Zukunft, bei einem NEIN, beurteile ich dies nicht als kritisch.

## Gedanken der Präsidentin

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Über Nacht kann sich alles ändern, ohne Strom funktioniert nichts mehr, der Verkehr und die Kommunikation können durch die Naturgewalten völlig ausgeschaltet werden. Erst kürzlich haben wir erlebt, wie wenig es braucht, damit unser ganzes Bahnnetz lahmgelegt werden kann. Starke Regenfälle haben nun schweizweit ein Hochwasser beschert, das Teile der Infrastruktur zerstörte, Menschen um Leben sowie um Hab und Gut brachte, Täler abschnitt, Verkehrswege blockierte, Keller füllte und Schrecken verbreitete. Es hat gezeigt, dass unsere hochtechnisierte Welt riesig verletzlich ist und dass wir wahrscheinlich unser Si-

cherheitsdispositiv überdenken müssen. Wer nur auf das Leben per Knopfdruck setzt, ist im Katastrophenfall völlig verloren. Wenn der Strom ausfällt, ist es vorteilhaft, wenn irgendwo noch ein batteriebetriebener Taschenradio vorhanden ist. Glück hat, wer energiemässig diversifiziert ist und noch einen Holzofen, Gasherd oder ein Cheminée benutzen kann. Ebenfalls der berühmte Notvorrat wäre wahrscheinlich auch heute wieder vorteilhaft, denn die zentralisierte Lebensmittelversorgung kann schnell ins Stocken geraten. Gerade für abgeschnittene Dörfer hat sich's gezeigt, dass es wichtig ist, nicht alles zu zentralisieren. Die Organisation des Zivilschutzes wies da teilweise Schwächen auf. Zum Glück gibt es fast in jeder Gemeinde eine Feuerwehr, die mit unermüdlichem Einsatz und Ortskenntnis die Not lindern konnte. Viele Menschen standen Tag und Nacht im Einsatz und viele haben spontan geholfen. Die Nachbarschaftshilfe

wurde plötzlich wieder ein wichtiges Element. Menschen sind sich wieder näher gekommen. Aufgerüttelt wurden wir und mussten feststellen, dass unser ganzes System nicht so selbstverständlich und auch leicht zerstörbar ist. Wie es schon die Geschichte während des Zweiten Weltkrieges zeigte: Selbstverantwortung und Nachbarschaftshilfe sind wichtige Säulen für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft.

8



## ●●●● 3 klare Worte und Positionen

### Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

- 1.** Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Weichen für die Gegenwart richtig stellen.
- 2.** Es brauchte ein selbstbewusstes Ja zur unabhängigen Schweiz und ihrer 700-jährigen Freiheit. Aus diesem grundsätzlichen Ja ergeben sich dann Antworten auf die angesprochenen besorgten Fragen vieler Bürger von alleine.
- 3.** 25. September: Abstimmung über die Ostpersonenfreizügigkeit; nehmen Sie die demokratischen Rechte wahr!

## und ●●●● 2 dringende Hinweise

- 1.** In der Beilage finden Sie die Rede von Christoph Blocher anlässlich des 65-Jahres-Tages des Rütli-Reportes vom 25. Juli 1940, gehalten an der Gedenkfeier am 24. Juli 2005 auf dem Rütli.
- 2.** CH 365. Auf den Spuren des weissen Goldes. Besichtigung der Mines de sel (Salzminen) de Bex (VD), Freitag, 30. September 2005. Bitte sofort anmelden!

**PRO  LIBERTATE** – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

**PRO  LIBERTATE**

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

7.05

### Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

**Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
**Spenden: PC-30-26847-0**

### Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I. (SVP)  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16 (parteilos)  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen (FDP)  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz (SVP)  
Alfred M. Zumburn, 3645 Gwatt (FDP)  
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal (JSVP)

Redaktionsschluss dieser Nummer: 31.8.2005

**Schon vorbeigesurft?**

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)